

BNN
01.08.2015

500 Asylbewerber sollen nach Huttenheim

Notquartier im Gewerbegebiet / Protest von Anwohnern

Von Werner Schmidhuber und Daniel Streib

Bruchsal/Philippsburg-Huttenheim.

Nach Bruchsal soll in Huttenheim eine weitere kurzfristige Notunterkunft für Flüchtlinge entstehen. Ein Behördensprecher teilte gestern mit: „Mit einem weiteren Kraftakt richtet das Regierungspräsidium Karlsruhe in enger Abstimmung mit dem Integrationsministerium auf dem Gelände der ehemaligen Firma Schmittecker in Philippsburg-Huttenheim eine weitere Unterkunft für Asylbewerber ein. Die Unterkunft wird für eine mögliche Aufnahme von 500 Flüchtlingen vorbereitet. Es ist vorgesehen, am Wochenende die ersten Flüchtlinge nach Philippsburg-Huttenheim zu verlegen.“

Wie berichtet wurde bereits am Sonntagabend sehr kurzfristig ein Notquartier an der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal eingerichtet, wo inzwischen rund 400 Menschen auf unbestimmte Zeit untergebracht sind. Für das Huttenheimer Notquartier gab es etwas mehr Vorlauf. Am Mittwoch war Phi-

lippsburgs Bürgermeister Stefan Martus in einem Telefonat von Regierungspräsidentin Nicolette Kressl über die Pläne informiert worden. Das vorgesehene Gebäude („Cyle Hall“) habe das Land vor etwa einem Jahr im Zusammenhang mit Hochwasserschutzmaßnahmen gekauft. Wie auch im Bruchsaler Notquartier sollen Verpflegung, Sicherheitsdienst und Reinigung vom Regierungspräsidium organisiert werden. Inwieweit ehrenamtliche Gruppen eingebunden werden können, war gestern unklar. Wie berichtet gibt es zwischen DRK

Polizei zeigt vor Ort Präsenz

und Regierungspräsidium einen Streit um die Abrechnung von Sanitätsdiensten im Zusammenhang mit dem ersten Bruchsaler Notquartier im September 2014.

Das Regierungspräsidium warb um das Verständnis der Bürger, auf das man angewiesen sei. „Allein in den vergangenen Nächten sind mehr als 1 000 Flüchtlinge in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Karlsruhe eingetroffen“, so hieß es. Somit seien im Juli über 10 000 Asylsuchende ins Land gekommen. Wenig Verständnis zeigten indes einige An-



DIE VÖRBEREITUNGEN LAUFEN: Im Huttenheimer Gewerbegebiet „Kühweid“ sollen an diesem Wochenende einziehen, die von den regulären Erstaufnahmestellen nicht mehr aufgenommen werden können.

wohner im Gebiet „Kühweid“, die kritisieren, dass man sie im Vorfeld nicht informiert habe. Ein Unternehmer organisierte sogar eine Protestaktion mit Fahrzeugen, sperrte eine Straße ab und plakatierte „Hilfe ja, aber nicht so!“ Unternehmer Karl Herd befand: „Was hier geschieht, ist eine Überrumpelung, ja ein regelrechter Überfall.“ Den ganzen Freitag zeigte immer wieder die Polizei Präsenz. „Wir achten darauf, dass nichts passiert. Jetzt ist Pragmatismus gefragt“, sagte Philippsburgs Revierleiter Peter Kremer.

Um das angrenzende Privatgelände zu sichern, sollen Bauzäune aufgestellt werden, sagte Bürgermeister Martus und versicherte: „Wir hatten keinerlei Einfluss auf die Entscheidung des Regierungspräsidiums.“ Der Rathauschef kündigte an, umgehend eine Bürgerversammlung einberufen zu wollen. In einer gemeinsamen „Resolution“ mit den eilig zusammengesetzten Fraktionsvorsitzenden zeigt der CDU-Bürgermeister Verständnis, übte aber auch Kritik an der grün-roten Landesregierung im Zusammenhang mit der Bear-

beitung von Asylanträgen und mutmaßlichem Asylmissbrauch. Martus: „Durch eine konsequente Vorgehensweise, wie in anderen Bundesländern bereits praktiziert, gäbe es in den Landeserstaufnahmestellen schneller freie Plätze und die Einrichtung von Behelfsunterkünften wäre somit weitgehend hinfällig.“

Vollkommen unverständlich sei, dass im dicht besiedelten Regierungsbezirk Karlsruhe momentan 70 Prozent der Erstaufnahme-Asylsuchenden in Baden-Württemberg untergebracht seien, so Martus. ■ Aus der Region